Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/430
08.11.2018

Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

15. Sitzung (öffentlich)

8. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Der Ausschuss vereinbart, Tagesordnungspunkt 10 „Die Situation von Frauenhandel und Prostitution in Nordrhein-Westfalen“ in dieser Sitzung nicht zu beraten, da der erbetene schriftliche Bericht der Landesregierung erst kurzfristig vor der Sitzung eingegangen ist. Die Beratung soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

1 Projektgruppe Strukturelle Weiterentwicklung der Geburtshilfe *(siehe Anlage 1)* **6**

Bericht der Landesregierung

Gespräch mit der Projektleiterin

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit RB’e Juliane Walz (MAGS).

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Drucksache 17/4100 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/1080

Hier: Einzelplan 08
(ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)

Vorlage 17/1290

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss stimmt den gleichstellungsrelevanten Kapiteln des Einzelplans 08 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.

3 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388

Ausschussprotokoll 17/350

Der Ausschuss gibt kein Votum zum Antrag ab.

4 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 19

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/357

– Auswertung der Anhörung –

Der Ausschuss nimmt die Auswertung der Anhörung vor. Die Abstimmung über den Antrag soll am 22. November 2018 stattfinden.

5 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2750

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung im federführenden Innenausschuss zu beteiligen.

6 Anonyme Spurensicherung standardisieren und auch für männliche Gewaltopfer anbieten 24

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3575

Der Ausschuss verständigt sich darauf, ein Expertengespräch durchzuführen.

7 Studienerfolg einer vielfältigen Studierendenschaft sichern 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3583

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Wissenschaftsausschuss am 16. Januar 2019 zu beteiligen.

8 Geschönte Statistiken oder Steuergeldverschwendung? – Wie hoch ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und deren finanzielle Auswirkungen auf das Land NRW tatsächlich? 28

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3591

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu beteiligen.

9 Entwicklung des Landesaktionsplanes „Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTTI“ *(siehe Anlage 2)* **29**

Vorlage 17/1326

MDgt Diane Jägers (MHKBG) berichtet.

10 Die Situation von Frauenhandel und Prostitution in Nordrhein-Westfalen *(siehe Anlage 3)* **35**

Bericht der Landesregierung

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Drucksache 17/4100 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/1080

Hier: Einzelplan 08
(ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)

Vorlage 17/1290

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzende Regina Kopp-Herr leitet die Beratung ein: Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei mit Plenarbeschluss vom 19. September 2018 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss erwarte bis zum 16. November 2018 die Voten der Fachausschüsse.

Die zweite Lesung sei für das zweite Novemberplenum geplant.

In dieser Sitzung erfolge die Aussprache zur Einbringung des Einzelplans 08.

Vereinbarungsgemäß lägen keine Änderungsanträge vor.

Josefine Paul (GRÜNE) begrüßt, dass der Haushalt an vielen Stellen mehr oder weniger überrollt werde und teilweise eine Mittelerhöhung stattfinde, beispielsweise bei der Unterstützung der Frauenhilfeinfrastruktur.

Sie finde es gut, dass bei der Zielvereinbarung mit den Frauenhäusern offensichtlich noch im Prozess Modifikationen stattgefunden hätten. Die Grünen hätten ja kritisiert, dass es nicht Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten sein könne, bei der Wohnraumbeschaffung mitzuhelfen. Diesbezüglich stelle sie eine sehr gute Entwicklung fest.

Mittlerweile bestehe ja auch Einigkeit an Stellen, an denen man früher nicht besonders einig gewesen sei. Sie erinnere an die Diskussionen über die Kompetenzzentren Frau und Beruf. Inzwischen scheine große Einigkeit über deren Sinnhaftigkeit zu herrschen. Gestern hätten die Unternehmerinnen der Politik mit auf den Weg gegeben, wo aus ihrer Sicht noch eine konzeptionelle Weiterentwicklung stattfinden könnte.

Nach der Einbringung sei auf Nachfrage dargelegt worden, dass das Förderprogramm für traumatisierte geflüchtete Frauen nicht weitergeführt werde. Sie halte das fachlich für keine glückliche Entscheidung. Denn es habe sich ja gezeigt, dass diese Frauen eine gewisse Zeit brauchten, bis sie überhaupt den Weg in die Frauenhilfeinfrastruktur fänden. Ein allgemeiner Rückgang von Menschen, die neu ankämen, bedeute also

keinen Rückgang an Hilfebedarf. Sie gehe davon aus, dass viele dieser Frauen erst nach einigen Jahren die Frauenhilfeinfrastruktur in Anspruch nähmen. Ihrer Meinung nach wäre es deshalb sinnvoll, dieses Förderprogramm weiterzuführen. Bei der Haushaltseinbringung sei ja auch erläutert worden, dass das dann in die Regelstrukturen überführt werden solle, und zwar sowohl in die Regelstrukturen des Integrationsbereichs als auch in die Regelstrukturen der Frauenberatungsstellen. Sie meine, dass der Aufwuchs an Haushaltsmitteln und der Aufgabenzuwachs hier nicht im richtigen Verhältnis stünden, um das kompensieren zu können, was durch ein spezielles Förderprogramm geleistet werden könne.

Dem Änderungsantrag im Innenausschuss zur Anonymen Spurensicherung habe ihre Fraktion zustimmen können, weil es sich um eine sinnvolle Weiterentwicklung handele.

Eine Verstetigung und Weiterentwicklung von iGOBSIS sei wünschenswert auch vor dem Hintergrund einer möglichen Ausweitung der Zielgruppen, was die Anonyme Spurensicherung angehe.

Die Landeskoordinierungsstelle sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben und im Haushalt etatisiert. Sie bitte darum, auch zu konkretisieren, wo sie angesiedelt sei und welche Aufgaben sie habe.

Zu den Aufgaben gehöre – so habe sie das verstanden –, die Umsetzung des Landesaktionsplans weiterzuverfolgen. Das begreife sie auch als Teil der Umsetzung der Istanbul-Konvention in NRW. In diesem Zusammenhang habe sie die Frage, wie es damit aussehe, der Landeskoordinierungsstelle für die Bündelung der landesseitigen Maßnahmen und die Kontrolle auch eine Monitoringstelle gegenüberzustellen.

Anja Butschkau (SPD) freut sich darüber, dass die Landesregierung im Bereich Gleichstellung und Frauen keine Kürzungen oder Streichungen vorgenommen habe. Trotz der Rekordsteuereinnahmen sei das nicht selbstverständlich, wie man zum Beispiel bei der Beratung des Sozialhaushaltes gesehen habe.

Dennoch werde ihre Fraktion den Haushalt in der vorliegenden Form ablehnen. Denn seit Monaten höre man im Ausschuss von überfüllten Frauenhäusern. Die SPD halte die 400.000 Euro, die für die neuen Frauenhausplätze vorgesehen seien, einfach für viel zu wenig. Der Bedarf in Nordrhein-Westfalen sei ein anderer. Da wünsche sich die SPD mehr Anstrengungen von der Landesregierung. Die SPD wolle die Frauen in einer Notlage nicht im Regen stehenlassen. Der Haushalt habe hier noch viel Luft nach oben.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) nimmt Stellung, eine Präsentation der Landeskoordinierungsstelle sei für die nächste Ausschusssitzung bereits verabredet.

Die beiden Gesichter hinter der Landeskoordinierungsstelle seien Tim Giesbert und Hannah Farhan-Dorn, die beide heute anwesend seien und die sie dem Ausschuss schon heute gerne vorstelle. Die Landeskoordinierungsstelle sei paritätisch besetzt, worauf man auch bewusst geachtet habe.

Zum Förderprogramm traumatisierte Flüchtlingsfrauen: Gerade vor dem Hintergrund, den Frau Paul deutlich gemacht habe, mache es Sinn, so zu verfahren, wie die Landesregierung das tue. Denn das Förderprogramm habe auch die Beratung oder Supervision der Beratungsstellen selbst zum Gegenstand gehabt und habe weniger die einzelne traumatisierte Flüchtlingsfrau adressiert. Das sei eher eine zusätzliche Unterstützung für bestimmte Antragstellerinnen aus dem Bereich der Frauenberatungsstellen gewesen. Deshalb halte man es für sinnvoller und nachhaltiger, zu sagen, man nehme dieses Geld und verstärke damit die Struktur allgemein, als weiterhin ein gesondertes Förderprogramm aufrechtzuerhalten.

Damit gelinge es dann auch in Summe – und das erstmals in NRW –, eine Dynamisierung in den Personalkostenpauschalen hinzubekommen mit 1,5 %. Die Landesregierung habe ja von Beginn an großen Wert darauf gelegt, die Frauenhilfeinfrastruktur finanziell mittel- bis langfristig vernünftig abzusichern und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass das System ambulant wie stationär in der Zukunft vernünftig weiterentwickelt werden könne.

Dazu gehöre eben auch das Verständnis zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der LAG Autonomer Frauenhäuser, dass man sage, man wolle die Plätze in den stationären Frauenhäusern in NRW bis 2022 um mindestens 50 erhöhen. Sie betone das ausdrücklich. Die LAG Autonomer Frauenhäuser stelle das immer fehlerhaft dar. Deshalb nehme sie sich das Recht, hier das wiederzugeben, was drei Partner unterschrieben hätten, und bitte auch darum, dies zur Klarstellung so an die entsprechenden Kontakte weiterzuleiten.

Sie bedanke sich für den Antrag der regierungstragenden Fraktionen im Innenausschuss, für eine einheitliche Handhabung zu sorgen und für die Anonyme Spurensicherung 100.000 Euro einzustellen. Das sei ein klares Zeichen für den weiteren Ausbau der Anonymen Spurensicherung. Es gebe einen Piloten in Aachen, bei dem es auch um das Thema „Gewalt gegen Männer“ und Spurensicherung gehe. Sie rege an, dass der sich auch hier im Ausschuss vorstelle. Man müsse ja dann schauen, wie man damit weiter umgehe.

Auch auf der Bundesebene sei man noch unterwegs, was die mögliche Änderung der Regelungen für Ärzte im Zusammenhang mit der Schweigepflicht anbetreffe bei Verdacht auf Kindesmisshandlung. Das sei eine Diskussion aus der letzten Legislatur gewesen. Da sei aber auch der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf der Bundesebene unterwegs, um dort eine Änderung zu erreichen, die dann bundesweit wirke.

Die 400.000 Euro für das nächste Jahr im Rahmen der stationären Frauenhausstruktur könne man natürlich so solitär stehenlassen. Dabei verkenne Frau Butschkau dann aber, dass man im Jahr 2018 bereits 500.000 Euro zusätzlich eingestellt habe und zum 1. Juli 2017 – also kurz nach Amtsantritt – eine Erhöhung der Sachkostenpauschale um rund 2 %, also 250.000 Euro, für die Frauenhäuser erfolgt sei. In so kurzer Zeit über 1 Million Euro zur Verfügung zu stellen, sollte auch die SPD positiv bewerten. Insofern nehme sie den reduzierten Blick der SPD auf das Jahr 2019 zur Kenntnis, aber sie sei sich sicher, dass man in den nächsten Jahren, wenn man hier über den

weiteren Ausbau der Frauenhilfeinfrastruktur rede, auch zu einem Wohlwollen des gesamten Ausschusses komme in der Frage, wie man Mädchen und Frauen vor Gewalt schütze und Hilfestellungen anbiete.

Thomas Röckemann (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion den Haushalt ablehnen werde. Denn sie halte vieles für Aktionismus.

Ein Beispiel sei die Mittelbereitstellung für die Traumaforschung. Die moderne Traumaforschung sei sich ziemlich einig, dass Traumata erst nach Jahren entstünden. Wenn man jetzt die Traumata geflüchteter Frauen erforschen wolle, obwohl die Traumata eigentlich noch gar nicht entstanden sein könnten, dann handele es sich um Aktionismus. Er gebe auch zu bedenken, dass die Behauptungen von Traumata von Menschen, die nach Deutschland kämen, inzwischen inflationär behandelt würden.

Der Girls'Day und der Boys'Day seien auch noch nicht abgeschafft. Auch aus dem Grund werde seine Fraktion den Haushalt ablehnen.

Susanne Schneider (FDP) meint, wenn die demokratischen Parteien diesen Haushalt hier überwiegend lobten, könne man ja nicht so viel falsch gemacht haben.

Dankenswerterweise hätten die Kollegen im Innenausschuss zur Anonymen Spurensicherung diese standardisierten Tests beantragt.

Die Mittel für iGOBSIS stünden zur Verfügung. Falls die Gelder wider Erwarten nicht reichen sollten – das habe auch Minister Laumann gestern im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit heftigem Nicken bestätigt –, müsse man darüber sprechen und nachfragen. Man sei sich auf jeden Fall einig gewesen, dass dieses Projekt bleibe, weil es einfach gut sei. Sie werde weiter für dieses Projekt kämpfen und dafür, dass das auch vernünftig ausgestattet werde. Sie gehe davon aus, dass man sich dafür auch gemeinsam einsetzen werde. Weitere Missverständnisse über den Fortbestand des Projekts sollten vermieden werden.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) stellt klar, es gebe in ihrem Haushalt kein Forschungsprogramm Traumata.

Vorsitzende Regina Kopp-Herr merkt an, sie habe in Bielefeld in der Straßenbahn zum ersten Mal eine sehr öffentlichkeitswirksame Beklebung mit dem Hinweis gesehen, dass es bei sexualisierter Gewalt die Möglichkeit der Anonymen Spurensicherung gebe. Dass die Menschen über diese Möglichkeit informiert würden, halte sie für sehr wichtig.

> Der **Ausschuss** stimmt den gleichstellungsrelevanten Kapiteln des Einzelplans 08 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.